



Holm-Detlev Köhler:
Gewerkschaften in Spanien

Roland Schneider: Arbeitszeit-
politik bei Dienstleistungen

Beiträge u.a. von

Stephanie Odenwald, Michael
Paetz/Dirk Ehnts, Christoph
Spehr, Joachim Bischoff, Tilo
Giesbers, Heinz Bierbaum,
Klaus Bullan, Bernhard Sander

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Zum Beispiel zu:

Olaf Scholz und die Erneuerung der SPD

Der Bundesfinanzminister ist zusammen mit Klara Geywitz in das langwierige Bewerbungsverfahren um den Vorsitz der SPD eingestiegen: »Ich glaube, dass Deutschland eine starke SPD braucht.«

Zur Lage in Großbritannien:

Misstrauensantrag gegen Johnson statt Chaos-Brexit

Boris Johnson setzt seinen Konfrontationskurs gegen die EU fort. Seine Vorbedingung für Gespräche ist die Nichtigerklärung des Nordirland-Protokolls im Brexit-Abkommen, dessen Ratifizierung an den Rechtspopulisten und Nationalisten bei den Tories gescheitert ist.

Oder zur

Wirtschaft im Abwärtsog

Seit Monaten stottert der Wachstumsmotor der deutschen Industrie. Laut den Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Industrieproduktion in Deutschland im Juni um 5,2% gegenüber dem Vorjahresmonat eingebrochen.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent*innen und
Leser*innen das konkret machen
können, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Dimensionen eines Green New Deal

Redaktion Sozialismus: Green New Deal und system change	
Das Konzept der ökologischen Transformation der Ökonomie in den USA	2
Michael Paetz/Dirk Ehnts: Die Modern Monetary Theory – ein Überblick	5
Joachim Bischoff: »Keep America Great«	
Donald Trump und das amerikanische Zeitalter	11

Frankreich: Zwischenbilanz

Bernhard Sander: France is back? Halbzeit für Emmanuel Macron	18
---	----

Der rechte Rand

Tilo Giesbers: Festsetzen in der Fläche	
Der rechte Rand bei den Kommunalwahlen 2019	24
Joachim Bischoff: Eine kritische Theorie des neuen Rechtsradikalismus	
Was eine Analyse von Theodor W. Adorno für uns bedeutet	26

Perspektiven der Linkspartei

Christoph Spehr: It's the Economy – In Bremen beginnt die erste Regierungsbeteiligung der LINKEN in Westdeutschland	32
Heinz Bierbaum: Klassenpolitik – Transformation – Wirtschaftsdemokratie	
Situation und Perspektiven der Linkspartei	36

Forum Gewerkschaften

Roland Schneider:	
Innovative Arbeitspolitik im privaten Dienstleistungssektor	41
Otto König/Richard Detje: Digitalisierung industrieller Arbeit	
Der Transformationsatlas der IG Metall	47
Holm-Detlev Köhler: Zwischen schwacher wirtschaftlicher Erholung und politischer Dauerkrise – Gewerkschaften in Spanien	51

Rezensionen/Nachruf

Klaus Bullan: Kinderarmut in Deutschland (zu M. Klundt, Gestohlenes Leben)	57
Stephanie Odenwald: Von der Druck- zur Medienindustrie (zu C. Lindemann/H. Ness [Hrsg.], Vom Buchdrucker zum Medientechnologen)	59
Fritz Fiehler: Die eingebildete Warenproduktion – Akademisierung der MEGA nicht ohne zivilgesellschaftliche Verarbeitung (zu R. Hecker, Springpunkte)	60
»Ich habe im Leben nichts bereut«	
Zum Tod von Agnes Heller (1929-2019)	62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	57
Veranstaltungen & Tipps	64
Klaus Schneider: Es gilt das gesprochene Wort (Filmkritik)	65

Supplement

Forum Gewerkschaften: **Machtressourcen für eine progressive Transformation**
Was können Gewerkschaften einbringen?

It's the Economy

In Bremen beginnt die erste Regierungsbeteiligung der LINKEN in Westdeutschland

von ■ Christoph Spehr



13.8.2019, Bremen: Koalitionär*innen mit Vertrag (dpa)

Seit dem 15. August ist die LINKE erstmals in einem westdeutschen Bundesland in Regierungsverantwortung. In der neuen rot-grün-roten Landesregierung übernimmt die Partei zwei Senatsitze. Kristina Vogt, seit 2011 Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin, ist künftig für Wirtschaft, Arbeit und Europa zuständig. Claudia Bernhard, bislang baupolitische Sprecherin und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses, leitet das Ressort für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. Die SPD stellt vier Senator*innen im neuen Senat, einschließlich des Bürgermeisters, die Grünen drei, darunter Finanzen und Bau/Umwelt. Die Koalitionsverhandlungen waren nach drei Verhandlungswochen in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli abgeschlossen worden. Darauf folgten Parteitage aller drei Parteien sowie zusätzlich ein Mitgliederentscheid der LINKEN.

Als die Große Koalition in Bremen (1995-2007) durch Rot-Grün (2007-2019) abgelöst wurde, war der Regierungswechsel bereits zwei Jahre vor der Wahl vorbereitet worden.¹ Das war diesmal anders. Zwar ließen die Umfragen

seit 2017 keinen Zweifel, dass es nach drei Legislaturperioden keine Mehrheit mehr für Rot-Grün geben würde. Welche Konstellation darauf folgen würde, war jedoch bis zur Aufnahme der Koalitionsverhandlungen offen. Die LINKE hatte seit Längerem deutlich gemacht, dass sie an einer Regierungsbeteiligung interessiert wäre. Die SPD schloss neun Tage vor der Wahl am 26.5. aus, eine Regierung mit CDU oder FDP zu bilden, was für sie offenbar auf den letzten Metern zu einer positiven Mobilisierung beitrug. Die Grünen formulierten aber auch nach der Wahl keine Präferenz und führten sowohl mit CDU und FDP als auch mit SPD und LINKEN Sondierungsgespräche. Erst durch die klare Rückmeldung der grünen Kreisverbände und der grünen Basis im Vorfeld der Landesmitgliederversammlung fiel die Entscheidung zugunsten von Rot-Grün-Rot.

Fällige Richtungsentscheidung

Das Bundesland Bremen hat 24 Jahre Haushaltsnotstand hinter sich, eine gleichermaßen alltägliche wie traumatische Erfahrung. Die Große Koalition, ge-

stützt auf Sanierungshilfen des Bundes (1995-2005), formulierte den berüchtigten Kurs des »Investieren und Sparen«. Er bestand in einigen strategisch sinnvollen Investitionen in die Hochschul- und Forschungslandschaft; einer Reihe unsinniger Prestigeprojekte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen brachten; einer beispiellosen Kürzung der Bildungsausgaben; und der Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften. Bereits ab 2000 stiegen die Schulden wieder an. Der angebliche »Kanzlerbrief«, die Zusicherung der Regierung Schröder für fortgesetzte Bundeshilfen über 2005 hinaus, erwies sich als heiße Luft, und SPD-Bürgermeister Henning Scherf musste seinen Hut nehmen. Damit war die Große Koalition 2005 am Ende, zwei Jahre bevor sie nach den Wahlen 2007 tatsächlich abgelöst wurde.

Die rot-grüne Koalition ab 2007 ersetzte »Investieren und Sparen« durch »Sparen«. Sie fuhr die Investitionsausgaben massiv herunter und baute vor allem öffentliches Personal in der Verwaltung ab. Die »PEP-Quote« (von Personalentwicklungsplan) ist in Bremen ein geflügeltes Wort. Sie meint die Kür-

zung der Personalstellen um eine festgelegte jährliche Quote, die von allen Ressorts zu erbringen ist.

Die Konsolidierungshilfen 2011-2019 waren an einen kontinuierlichen Abbau des Haushaltssaldos gebunden, den die rot-grüne Landesregierung übererfüllte und der nur möglich war, weil nach der Wirtschaftskrise 2009 die Zinsen fielen und die Steuereinnahmen unerwartet stark anstiegen. Der rot-grünen Landesregierung gelang es zwar, trotz des Sanierungskurses keine großen Privatisierungen und keine offensiven sozialen Kürzungen vorzunehmen, den sozialen Zusammenhalt einigermaßen aufrechtzuerhalten und für die Fluchtzuwanderung 2015-2016 die unmittelbar nötigen Integrationsausgaben zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig baute sie aber die öffentliche Handlungsfähigkeit systematisch ab. Selbst im Haushalt vorgesehene Projekte wurden zunehmend nicht mehr umgesetzt, weil das Personal dafür fehlte. Neue Initiativen blieben aus. Die Stadtentwicklung wurde weitgehend privaten Investoren überlassen, auf die Mietenexplosion wurde nicht wirksam reagiert. Mit dem Niedergang der Offshore-Industrie scheiterte die Hoffnung auf eine neue wirtschaftliche Dynamik jenseits der alten Industrien.

Am Ende des Sanierungszeitraums ist die Situation deshalb ausgesprochen schwierig. Der Sanierungsstau ist enorm, aber auch der Investitionsstau: Es fehlen dringend neue Schulen und Kitas, der ÖPNV ist überlastet, das Angebot an Gewerbegebieten knapp, die öffentlichen Gebäude und die Bausubstanz der kommunalen Kliniken sind überaltert, der Sozialwohnungsbau unterentwickelt. Die Verwaltung ist chronisch unterbesetzt. Im Bundesländervergleich belegt Bremen bei Arbeitslosigkeit, Armutsquote, Erwerbsquote von Alleinerziehenden, Schulleistungstests, Anteil überschuldeter Haushalte und Mietbelastungsquote den letzten Platz.

Mit der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, der für Bremen zeitlich unbegrenzte Sanierungshilfen von 400 Mio. Euro jährlich bringt, sowie eine zusätzliche Besserstellung durch die Einbeziehung der Kommunen, tritt ab 2020 eine leichte Entspannung der Finanz-

lage ein. Damit entsteht wieder ein gewisser Spielraum für öffentliche Ausgabenentscheidungen, weshalb der Frage, wer in dieser neuen Phase reagiert, der Charakter einer längerfristigen Weichenstellung zukommt. Dies drückte sich auch in einer erheblich höheren Wahlbeteiligung aus, die um 14% höher lag als beim letzten Mal, und zwar in allen Stadtteilen und sozialen Milieus. Ohne kreditfinanzierte öffentliche Investitionen wird es jedoch nicht gehen, was das Problem der Schuldenbremse ins Spiel bringt.

Der Wunsch nach einer stärkeren staatlichen Handlungsfähigkeit und Gestaltung, in Verbindung mit dem in Bremen und Bremerhaven extrem hoch besetzten Wert des sozialen Zusammenhalts, führte letztlich in die neue Regierungskoalition. DIE LINKE ist zum ersten Mal Teil einer westdeutschen Landesregierung, weil SPD und Grünen allein, nach 12 Jahren passiver Sanierung, eine solche Weichenstellung nicht zugetraut wird. Sie tritt in die Regierung ein in der Rolle eines Garanten dieser veränderten Ausrichtung. Das ist eine erhebliche Herausforderung.

Wiedergewinnung von öffentlicher Handlungsfähigkeit

Der Regierungswechsel ist eine gesellschaftliche Entscheidung, die eng mit der Ökonomie der Stadtgesellschaft verbunden ist. Es geht um weniger Auslieferung der Entwicklung an private Investoren, um mehr staatliche Gestaltung des ökologischen und ökonomischen Umbruchs, und um eine Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Diversität als Basis einer zukunftsfähigen Stadtökonomie. Klimaschutz, Wohnen, Antirassismus und Partizipation waren die Bewegungsthemen auf der Straße, im Wahlkampf und während der Koalitionsverhandlungen, die immer wieder von Kundgebungen begleitet waren.

Sowohl die alte Regierungskoalition als auch die CDU hatten im Wahlkampf auf das veränderte Klima reagiert. SPD und Grüne verabschiedeten auf den letzten Metern, meistens gemeinsam mit der LINKEN im Parlament, eine Reihe von Gestaltungsinitiativen. Der Landesmindestlohn wurde auf 11,13 Euro er-

höht (entsprechend der untersten Gehaltsgruppe im öffentlichen Dienst), die Wohnungsgesellschaft Brebau mit ca. 6.000 Wohnungen rekommunalisiert, die Beitragsfreiheit für Kitas beschlossen und die Gehälter von Lehrkräften an Grundschulen angehoben.

Die CDU verabschiedete sich im Wahlkampf von ihrer ursprünglichen (völlig unrealistischen) Position, die Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich komplett in Schuldenabbau stecken zu wollen, und pflichtete öffentlich der Forderung der LINKEN bei, den Schulbau über Kreditaufnahme öffentlicher Gesellschaften zu finanzieren. Die CDU präsentierte einen Quereinsteiger als Spitzenkandidaten, der dem Leitbild »moderne Großstadtpartei« erheblich besser entsprach als die klassische Führungsriege. In den Sondierungsverhandlungen ließ die CDU sich weitgehend auf grüne Leitprojekte wie die autofreie Innenstadt ein.

Dennoch war klar, dass eine Jamaika-Koalition im Dreieck Staat-Privatwirtschaft-Zivilgesellschaft deutlich andere Präferenzen hätte, als eine rot-grün-rote Koalition, nämlich im Zweifelsfall weniger Staat und weniger zivilgesellschaftliche Partizipation. Das gehörte zu den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Das grüne Bauressort überließ praktisch einen ganzen zukünftigen Stadtteil, den südlichen Europahafen, einem privaten Investor aus der grünen Kapitalfraktion: dem Windpark-Betreiber wpd. Beim Schulbau könnten sich die Grünen sehr gut auch Public-Private-Partnerships vorstellen. In der Stadtentwicklung ließen die Grünen reihenweise Bürgerinitiativen und Anwohnerproteste gegen die Wand laufen. Das im Bundesvergleich eher maßvolle Wahlergebnis der Grünen, die in den urbanen Innenstadtvierteln Bremens sogar Prozente verloren, war eine Quittung dafür.

Auch DIE LINKE hat auf den dominierenden Wunsch nach mehr öf-

Christoph Spehr ist Mitglied im Landesvorstand der Bremer LINKEN. Er war Mitglied der Verhandlungskommission für die Koalitionsverhandlungen.

¹ In Bremen dauert die Legislaturperiode wie im Bund vier Jahre. Ein Volksentscheid zur Verlängerung auf fünf Jahre, auf Initiative der rot-grünen Regierung, scheiterte 2015.

fentlicher Gestaltung und staatlicher Verantwortung reagiert. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist eine klare Durchdringung der Frage, was in allen Politikbereichen jeweils auf welcher Ebene entschieden wird, und wie der Handlungsspielraum der Landespolitik maximal genutzt werden kann. Man kann nicht notwendig für eine landespolitische Koalition werben, wenn man keine klaren Positionen dazu hat, was die Landesregierung machen soll – nicht unter anderen, wünschenswerteren bundespolitischen, weltwirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bedingungen, sondern jetzt und hier.

Jede Opposition bewegt sich zwischen den Polen einer Output-orientierten (was im Land schlecht ist) und einer Input-orientierten Kritik (was die Regierung falsch macht). Output-orientierte Kritik geht immer, Input-orientierte Kritik braucht einen prinzipiell umsetzbaren Gegenentwurf. DIE LINKE in Bremen hat – im Gegensatz zur CDU – den Fokus in den letzten acht Jahren stark auf Letzteres verschoben. Neben die grundsätzliche Kritik an der Schuldenbremse trat die Kritik, dass die Landesregierung die vorhandenen Handlungsmöglichkeiten nicht nutzt. Neben die grundsätzliche Kritik an der Privatisierung des Wohnungsbaus trat die Kritik an der mietenpolitischen Passivität der Landesregierung. Neben die grundsätzliche Kritik an Hartz IV trat die Kritik, dass die Landesregierung in der Trägerversammlung der Jobcenter keinen Druck darauf macht, positive Ermessensspielräume zu nutzen.

Linke Wirtschaftspolitik

In der zweiten Hälfte der vergangenen Legislaturperiode verstärkte die Linksfraktion ihre Aktivitäten zur Wirtschaftspolitik. Vorgegangen war dem eine seit Jahren geübte Kritik der Landeswirtschaftsförderung aus frauenpolitischer Sicht, nämlich als »sparsam, wirkungsarm, männerzentriert«.² Im Oktober 2018 legte die Fraktion ein grundsätzliches Thesenpapier zur Wirtschaftspolitik vor.³

Ausgangspunkt des Papiers ist die relative Innovationsschwäche der deutschen Wirtschaft. Diese macht sich an



Nach LINKE Urabstimmung in Bremen, 22.7.2019 (dpa)

zu geringen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für Bildung und für öffentliche Investitionen fest und schlägt sich in sinkenden Platzierungen bei internationalen Investitionsrankings nieder. »Die Agenda-Politik ab 2003 hat deutschen Unternehmen ermöglicht, ihre internationale Wettbewerbssituation durch Senkung von Steuern und Lohnkosten zu verbessern, statt durch Innovation. In den Großen Koalitionen ab 2013 wurde der äußere Veränderungsdruck reduziert, indem bei der Klima- und Energiewende wieder auf die Bremse getreten wurde. Die verschärfte Austeritätspolitik nach der Finanzkrise 2009 hat (...) privaten Unternehmen überall dort bequeme und risikoarme Geschäftsfelder verschafft, wo öffentliche Aufgaben und Unternehmen privatisiert wurden.«⁴ Insgesamt ist das deutsche Modell unverändert geprägt von Exportindustrien, deren Platz in einer postfossilen Wirtschaft teilweise eine radikale Konversion erfordert, die beharrlich nicht eingeleitet wird (Stichwort Kfz). Innovation wird überwiegend als technologische Verbesserung bestehender Produkte verstanden, nicht als soziale Innovation, d.h. als Übergang zu grundsätzlich anderen Systemen, wie gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt werden (z.B. Mobilität statt Autoproduktion, Kreislaufwirtschaft statt Abfallmanagement usw.)

Dadurch entstehen nicht nur erhebliche Beschäftigungsrisiken. Es wird auch der notwendige Beitrag einer entwickelten Industriegesellschaft zum sozial-ökologischen Umbau verfehlt. Innovation ist nicht nur ein Wettbewerbsfaktor, sondern eine notwendige Voraussetzung dafür, bestehende Wohlstandsniveaus im Norden und nachholende Entwicklung im Süden innerhalb

der harten planetaren Grenzen zu realisieren. Ein Übergang zu nachhaltiger Produktion wird nicht nur mit Dienstleistungen gehen, er braucht auch industrielle Hardware für den Wandel – aber für andere Produkte und mit anderen Verfahren.

Die Grundproblematik der deutschen Wirtschaft kommt in Bremen besonders stark zum Ausdruck. Der Anteil der Industrieproduktion ist hoch und wird vor allem von traditionellen und fossil problematischen Branchen bestimmt (Kfz, Stahl, Luft- und Raumfahrt). Die zugehörige Forschung und Entwicklung finden größtenteils anderswo statt (vor allem in Süddeutschland). Der Dienstleistungsbereich ist im Großstadtvergleich schwach entwickelt, insbesondere die Kreativwirtschaft. Wesentliche Probleme des Bundeslandes haben in dieser ökonomischen Struktur ihren Ursprung: der hohe geschlechtsspezifische Lohnabstand (Gender Pay Gap), die Spaltung in relativ gutbezahlte Industriejobs und einen großen Niedriglohnsektor, die hohe Sockelarbeitslosigkeit, die geringe Anziehungskraft auf junge Kreative, die Verwundbarkeit durch die Entwicklung des Weltmarkts, der starke gewerbliche Flächenverbrauch, die hohen CO₂-Emissionen. Der rote Faden des Koalitionsvertrags besteht aus ökonomischer Sicht darin, jene Bereiche wirtschaftlicher Tätigkeit aufzuwerten, die in der traditionellen Perspektive vernachlässigt werden. Dafür steht die Erweiterung der Innovationsförderung um die frauenintensiven Cluster Ernährungswirtschaft und Gesundheitswirtschaft; die Einführung eines Landesförderprogramms für die Digitalisierung in Kleinbetrieben; der stärkere Fokus auf Gründungen und Unternehmensführung von Frauen und Migrant*innen; ein Mas-

terplan Innovation und Dienstleistung; ein Förderprogramm für Modellprojekte zur Vereinbarkeit Familie-Beruf. Dazu gehören auch regulierende Eingriffe wie der vergleichsweise hohe Landesmindestlohn, die Einführung einer Landesausbildungsumlage, der Übergang zu einem intensiveren Management der Gewerbegebiete durch Vergabe in Erbpacht, der Verzicht auf einen weiteren Ausverkauf öffentlicher Flächen. Die dauerhafte Sicherung des ehemaligen Güterbahnhofs als Standort für die Kreativ- und Kulturszene ist eine Errungenschaft des Koalitionsvertrags, die diese Umwertung unterstreicht.

Von der Kritik der Schuldenbremse zur erneuerten ökonomischen Kritik

Sehr schnell an finanzielle Grenzen stoßen werden dagegen die geplanten Initiativen zur ökologischen Konversion, wie das Modellprojekt zur CO₂-neutralen Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff.⁵ In der öffentlichen Debatte ist mit Recht angemahnt worden, das Automobil-Cluster breiter zu definieren als Mobilitäts-Cluster.⁶ Dafür wäre u.a. Voraussetzung, einen Ausbau und Umbau des öffentlichen Nahverkehrs und der städtischen Mobilität anzugehen, der weit über das eher symbolische Projekt der autofreien Altstadt hinausgeht. Der derzeitige Totalausfall der Bundesregierung in Sachen ökologischer Konversion lässt sich auf Landesebene letztlich nicht kompensieren.

Die Mittel der Wirtschaftsförderung, die hauptsächlich aus der EU-Regionalförderung und dem GRW-Programm des Bundes kommen, sind begrenzt. Ein viel größeres Volumen haben die öffentlichen Investitionen. Würden diese nicht vorrangig nach Preis ausgeschrieben, sondern innovative Verfahren und Ansätze höher gewertet, läge darin ein starker Impuls. Ein solcher Ansatz liegt aber quer zur Politik der knappen Kassen.

Der Umgang der neuen Koalition mit der Schuldenbremse ist pragmatisch, aber nicht konfliktfrei. DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse ab, während die Grünen sie befürworten. Die 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse lässt sich landespolitisch nicht

aufheben, nur umgehen. Der Koalitionsvertrag sieht eine solche Umgehung beim Schul- und Kita-Bau vor, durch Beauftragung der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, so dass diese die Kredite aufnehmen. In diese Richtung wäre noch mehr möglich, wenn der politische Wille dazu da wäre.

Hierfür wäre wichtig, dass die gesamte Linke die Diskussion um die Schuldenbremse auf der Bundesebene ernsthaft und genau führt. Die linke Kritik an der Schuldenbremse ist widersprüchlich, inkonsistent und altbacken. Man kann nicht gleichzeitig eine höhere Staatsverschuldung fordern und öffentliche Schulden als Alimentierung der Banken kritisieren. Man kann auf Landesebene und wahrscheinlich auch auf Bundesebene keine isolierte keynesianische Politik mehr betreiben. Sie wäre auch ökologisch nicht wünschenswert. Öffentliche Investitionen, die lediglich zusätzliche Nachfrage generieren, sind nicht zielführend. Staatsverschuldung ist auch kein Ersatz für fehlenden politischen Willen zu höherer Besteuerung von großen Gewinnen und Vermögen.

Die beiden entscheidenden Punkte sind erstens: Ein Umbau zu einer weitgehend klimaneutralen Lebens- und Produktionsweise innerhalb von 15 Jahren ist ohne große staatliche Investitionen in Infrastruktur und Forschung/Entwicklung nicht zu haben, wenn er nicht mit extremen sozialen Friktionen einhergehen soll. Diese Investitionen müssen kreditfinanziert werden, was beinhaltet, dass man auf Wirtschaftswachstum setzt. Nicht De-Growth, sondern Entkopplung von Wachstum und Materialumsatz ist die Orientierung.

Zweitens: Der Markt kann nicht agieren, wenn die Rahmenbedingungen nicht klar sind. Die Unsicherheit der Märkte geht auf die Unentschiedenheit der Politik zurück, und die Sprache der Politik, mit der sie Kursentscheidungen setzt, sind neue Institutionen und große öffentliche Investitionen in Infrastruktur. Solange die Politik mit technischen End-of-Pipe-Lösungen zufrieden ist und nicht auf soziale Innovationen setzt, wird privates Kapital weiter gehortet werden oder sich als Rentenskapital verhalten, das in unproduktive Verwertungen drängt, wie Bodenspekulation oder

Profitmaximierung durch Leistungsver schlechterung, etwa in Krankenhäusern und Mietwohnungsbeständen.

Die Herausforderung der ökologischen Transformation und die fehlende ökonomische Innovationskraft rufen ebenfalls nach einer erneuerten Debatte um Vergesellschaftung. Die Kampagnen zur Enteignung der großen Wohnungsbaukonzerne oder zur Entökonomisierung der Gesundheitsversorgung kommen sozusagen »von hinten« her, von der Blockierung rentenförmiger Kapitalverwertung. Es gibt aber mehr in der jüngeren wirtschaftstheoretischen Debatte, woran die Linke anknüpfen kann und muss. Dazu gehören sowohl die Erkenntnisse zu den Grenzen privatwirtschaftlicher Innovationsfähigkeit (Mazzucato) als auch die Theorie unvollständiger Verträge: In einer Situation, wo künftige Rahmenbedingungen nicht im Detail klar sein können, muss der Staat öffentliche Unternehmen schaffen und vorschicken. Die Linke muss sich wirklich nicht vor einer aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion fürchten. Sie muss sich aber endlich in die Lage versetzen, sie zu führen.

All das geht über die Möglichkeiten landespolitischer Alternativen weit hinaus. Aber auch Landespolitik steht vor der Situation, dass die bundespolitischen Richtungsentscheidungen vollständig unklar sind. Die rot-grün-rote Koalition in Bremen sieht sich nicht als überregionales Referenzprojekt. Dennoch ist sie ökonomisch ein Wechsel auf eine andere bundespolitische Zukunft. Ob sie längerfristig zusammenhält und in welche Richtung sie sich bewegt, wird stark davon abhängen, wie sich die Kräfte- und Hegemonieverhältnisse auf höheren Ebenen in den nächsten Jahren gestalten.

² So der Titel einer Großen Anfrage vom 23.3.2018.

³ Spehr/Vogt: Integriert denken, solidarisch gestalten. Für eine Neuaufstellung der Wirtschafts- und Innovationspolitik im Land Bremen, online: http://archiv.linksfraktion-bremen.de/fileadmin/user_upload/Texte_aktuell/BremischeBuergerschaft/2018/Wirtschaftsbrochuere_2018.pdf.

⁴ Ebenda, S. 4.

⁵ Damit ist die Verwendung von überschüssigen Stromspitzen der Offshore-Energie gemeint, die zur Herstellung von Wasserstoff als alternativem Brennstoff genutzt werden.

⁶ Hans-Heinrich Bass: Neuer Kurs in der Innovationspolitik, Weser-Kurier 1.8.2019.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

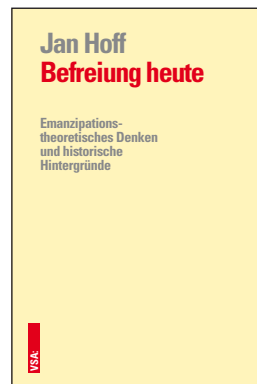
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de